

DÖW-NEUERSCHEINUNG THOMAS MANG „GESTAPO-LEITSTELLE WIEN — MEIN NAME IST HUBER“

Am 24. Oktober 2003 wurde im Jüdischen Museum Wien die Publikation „Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“. Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens?, die als erster Band einer neuen Schriftenreihe des DÖW erschien, vorgestellt. Im Folgenden beschreibt der Autor **Thomas Mang** die lokalen Protagonisten der Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens — Karl Ebner, Baldur von Schirach und Franz Josef Huber. (Leicht gekürzte Fassung des Referats anlässlich der Buchvorstellung).

Dr. Karl Ebner, Jurist aus Südtirol, Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer, war nicht direkt eine „Unperson“ der NS-Herrschaft in Österreich. Seine Funktion als so genannter „Judenreferent“ der Staatspolizeileitstelle Wien war zeitgeschichtlich einschlägig Interessierten bekannt, sein Name taucht in wichtigen Dokumenten auf. Und doch wurde er in der Forschung nie direkt als Mitverantwortlicher der Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens dargestellt.

Auch seine Verurteilung durch das Volksgericht 1948 — 20 Jahre schwerer Kerker — bezog sich nicht direkt auf seine Verantwortung als Leiter des „Judenreferats“. In Anlehnung an die Judikatur des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg wurde Ebner allein wegen seiner Funktion als Abteilungsleiter bzw. Stellvertreter des Gestapochefs verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe gefordert. Nur seine raffiniert betriebene Rückversicherungsstrategie rettete ihn vor dem Galgen: Etwa ab Anfang 1943 intervenierte er für einen ausgewählten Personenkreis, der auf nicht allzu kritische Weise mit der Gestapo in Berührung gekommen war — Angehörige des höheren Klerus und häufig CVer wie er selbst.

Ebners Chef, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Franz Josef Huber aus München, den Wolfgang Neugebauer als einen „der NS-Hauptverbrecher“ auf dem Boden des ehemaligen Österreich bezeichnet, war hingegen sehr wohl eine Unperson des NS-Regimes. Im eben erschiene-

nen „Personenlexikon zum Dritten Reich“ taucht zwar Ebner auf, sein Chef Huber aber immer noch nicht. Huber war einer der schillerndsten und zugleich mächtigsten Figuren in der Nomenklatur des NS-Terrors. Und doch wurde er in seinem Spruchkammerverfahren, 1949 in Nürnberg, als Minderbelasteter eingestuft. Er erhielt ein Jahr auf Bewährung und eine Geldstrafe von 500 DM.

Im Gegensatz zu Ebner, der immerhin 8½ Jahre in britischen Internierungslagern und im Landesgericht Wien verbrachte, wurde Huber in seinen 3½ Jahren Aufenthalt in US-Internierungslagern bevorzugt behandelt. Ein hoher CIC-Offizier sagte bei Hubers Spruchkammerverfahren aus,

er hätte aus Wien nur „gute Auskünfte“ über ihn bekommen. Huber sah nie ein Gefängnis von innen: Der US-Geheimdienst interessierte sich für sein Expertenwissen. Der Mann, der die größte Gestapoleitstelle des Deutschen Reiches fast sieben Jahre lang geleitet hatte, leitete bis zu seiner Pensionierung die Lagerbuchhaltung einer Münchner Büromaschinenfirma.

Huber war ein nationalsozialistischer Multifunktionär. Er vereinigte in seiner Person eine Ämterfülle, für die es im gesamten Deutschen Reich keine Parallele gab. Huber war in Personalunion Gestapochef und Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in den „Reichsgauen Wien,



Thomas Mang

**„Gestapo-Leitstelle Wien —
Mein Name ist Huber“**

**Wer trug die lokale Verantwortung für
den Mord an den Juden Wiens?**

Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand,
NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten,
Band 1

LitVerlag, Münster 2003

296 Seiten, EUR 19,90
(Siehe Bestellschein auf der letzten Seite)

Niederdonau und Oberdonau“. Als einziger in dieser Doppelfunktion leitete Huber Gestapo, Kripo, SD und Inspektorat und kontrollierte sich auf diese Weise fast sechs Jahre selbst.

Als Inspekteur war Huber offiziell Leiter der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien zur Zeit der Massendeportationen. Huber war politischer Referent der Gauleiter Schirach und Jury. Er war Schirachs Vertreter als Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII. Ab 1943 war Huber zusätzlich „Gesamtvertreter“ des Höheren SS- und Polizeiführers „Donau“. Damit kontrollierte sich Huber nun auch in seiner Funktion als Inspekteur selbst.

Nicht zuletzt war Huber einer der drei Inspektoren der Grenzpolizei des Deutschen Reiches. Als Grenzinspekteur der Wehrkreise XVII und XVIII war er für die Grenzüberwachung zur Slowakei, zu Ungarn, Jugoslawien, Italien und zur Schweiz zuständig.

Diese einzigartige Ämterkumulation und damit Machtfülle verdankte Huber seinem Protektor Reinhard Heydrich. Er hatte Huber zusammen mit dessen Freund und Lehrgangskollegen Heinrich Müller („Gestapo-Müller“) 1934 vom Münchner Polizeipräsidium zum Gestapa nach Berlin geholt. Müller hatte in München bis zur „Machtergreifung“ im Referat „Linksopposition“ gearbeitet, Huber war paradoxerweise mit der Verfolgung von Nationalsozialisten beschäftigt. Seine ideologische Zuverlässigkeit wurde deshalb immer wieder angezweifelt, auch wenn er seine späteren Ämter mit dem typischen Eifer des Konvertiten betrieb.

Aber der sonst in Ideologiefragen so rigore Heydrich hielt unbeirrt zu Huber, der erst im Mai 1937 in die Partei eintrat. Dieses Vertrauensverhältnis hielt auch kleineren und größeren Belastungen stand. Sie waren auf Hubers eigenwilligen Führungsstil, seiner nach Heydrichs Maßstäben eher durchschnittlichen Arbeitsmoral und sein nicht gerade dem SS-Kodex entsprechendes Privatleben zurückzuführen. Huber wurde schon lange vor dem „Anschluss“ im Österreichreferat des Gestapa auf seine Aufgaben in Wien vorbereitet. Kurz vor seiner Abkommandierung nach Wien leitete Huber die Ermittlungen zur so genannten „Fritsch-Krise“. Huber, ein hervorragender Kriminalist, gelang die sachliche Aufklärung des Falles und damit die Rehabilitierung des Generalobersten Fritsch¹. Als ihm im November 1939 dann, vor den Augen Himmlers, im Alleingang die schnelle, professionelle Aufklärung des Attentatversuchs auf Hitler im



Nicht mehr anonym

Rund **2.700 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

Grete Günsberger,
Wien,
geboren am
27. August 1922

Die Friseurin Grete Günsberger wurde am 8. 12. 1942 festgenommen, weil sie es unterlassen hatte, „sich eine Judenkennekarte zu lösen, obwohl ihr bekannt war, dass sie als Jüdin gilt“. Sie wurde nach Auschwitz deportiert, wo sie am 17. 3. 1943 umkam

Münchner Bürgerbräukeller gelang, war Huber für die Nomenklatur des Reiches von diesem Zeitpunkt an *persona grata*.

In meiner Arbeit beschäftigte ich mich auch mit der Rolle Baldur von Schirachs als Gauleiter und Reichstatthalter von Wien.

Mit bisher unveröffentlichten Dokumenten aus dem ehemaligen Stasi-Archiv in Berlin konnte ich nicht nur das Ausmaß seiner Beteiligung an der Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens weiter verdeutlichen. Sie erschlossen auch ein bisher unbekanntes Kapitel: Schirachs zähen und letztlich erfolgreichen Kampf gegen seinen Intimfeind Heydrich, der ihn in Wien durch den Sicherheitsdienst bespitzeln ließ.

Die Rolle Dr. Ernst Kaltenbrunners als Höherer SS- und Polizeiführer „Donau“ war hingegen überraschend passiv. Diese bereits von Peter Black in seiner Kaltenbrunner-Biographie vertretene Auffassung wurde durch neues Dokumentenmaterial nachdrücklich bestätigt. Seine fast fünf Jahre in Wien haben angesichts der Aktivitäten von Männern wie Schirach, Huber oder Ebner kaum Spuren hinterlassen. Für das Internationale Militärtribunal in Nürnberg begann die Biographie Kaltenbrunners als Hauptkriegsverbrecher dementsprechend am 30. Januar 1943, mit seinem Amtsantritt als Chef des RSHA. Seine Tätigkeit in Wien war dem Gericht kaum eine Erwähnung wert.

Die ursprüngliche Zielsetzung meiner Arbeit war eine biographische Darstellung

der Rollen Hubers und Ebners im Kontext der Staatspolizeileitstelle Wien. Im Zuge der Archivrecherchen und durch den Glücksfall, dass mir die Tochter Ebners seinen Nachlass zur Verfügung stellte, bekam eine neue Fragestellung für mich mehr und mehr Gewicht. Nachdem die Machtposition Hubers sich immer deutlicher herausstellte und ebenso Ebners Rolle als graue Eminenz, führte dies zwangsläufig zur Frage nach ihrer lokalen Verantwortung für die Deportation und damit Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Wiens.

In diesem Zusammenhang ist eine grundsätzliche Bemerkung zur historiographischen Aufarbeitung des nationalsozialistischen Täterkreises angebracht:

Die Forschungsarbeit von zwei Generationen Historikerinnen und Historikern konzentrierte sich im Wesentlichen — und aus nahe liegenden Gründen — auf einen sehr engen Täterkreis: Hitler, Göring, Himmler, Goebbels — die so genannten „Funktionseleiten“ des Nationalsozialismus, noch im 19. Jahrhundert geboren. Der um 1905 geborene, hierarchisch nachgeordnete Täterkreis der „Funktionsträger“ fand vergleichsweise weniger Beachtung — sicherlich mit Ausnahme Eichmanns, auf den ich noch eingehen werde. Dieser Forschungsansatz hat in jüngster Zeit eine wesentliche Erweiterung erfahren. In aktuellen Studien tritt immer klarer die Bedeutung der Eigeninitiativen lokaler Funktionsträger zutage — bis in die kleinsten Parteiorganisationen und kommunalen Verbände. Sie zeigen die Komplexität und häufige Widersprüchlichkeit der Entscheidungsprozesse, ihre Be-

schleunigung und Radikalisierung durch situative Einflüsse vor Ort. Sie zeigen die Interaktion zwischen der Funktionselite und den Funktionsträgern auf örtlicher Ebene, die nicht selten nur informellen Charakter besaß.

Ian Kershaw verdeutlicht diese Systematik am Beispiel Hitlers: „*Wer im darwinistischen Dschungel des Dritten Reiches befördert werden oder zu einer Machtposition gelangen wollte, musste den ‚Führerwillen‘ erahnen ... ‚Dem Führer entgegen zu arbeiten‘ bedeutete, dass Initiativen ergriffen, Druck gemacht ... wurde ... ohne dass der Diktator dazu notwendigerweise einen Befehl erteilen musste.*“²

Die Täter der Funktionselite waren weder einsame Urheber noch alleinige Exekutoren der nationalsozialistischen Kapitalverbrechen, noch konnten sie es sein. Die Machtzentren des Reiches waren keine Einbahnstraßen des Terrors. Häufig lösten lokale Impulse, von der Peripherie der Macht an ihr Zentrum gerichtet, Entscheidungen von großer Tragweite aus. Bis hin zu ihren Beiträgen zur Massenvernichtung.

Auch bei den Befehlen zur Deportation der über 48.000 Jüdinnen und Juden Wiens, die von Reichskanzlei und Reichssicherheitshauptamt ausgingen, sind die „örtlichen Initiativen“ der nationalsozialistischen Funktionsträger nicht nur nachweisbar, sondern von entscheidender Bedeutung. Dass bereits Februar 1941 — vor Beginn des Deportationsprogramms im gesamten Deutschen Reich — die ersten Massentransporte von Wien in das „Generalgouvernement“ abgefertigt wurden, war auf Drängen Baldur von Schirachs und der Wiener NSDAP geschehen. Schirachs, wie er es selbst nannte, „*ganz kurzer Draht zum Führer*“, verschaffte ihm eine Machtposition, die selbst Himmler und Heydrich (widerwillig) akzeptieren mussten.

Es war aber nicht nur die jahrzehntelange Konzentration der Forschungsarbeit auf den engen Täterkreis der Funktionselite, die die Sicht auf andere Täter und Tätergruppen verstellte und diese in die Obskurität ihrer Nachkriegsschicksale entließ. Hinzu kam, dass die Aussagen der Täter in ihren Prozessen nach 1945 oft die einzig verfügbaren Quellen über zentrale Vorgänge der NS-Herrschaft waren. Ohne quellenkritische Vergleichsmöglichkeiten fanden sie Eingang in die Geschichtsschreibung. Sie wurden von einer Generation von Historikerinnen und Historikern an die andere weitergegeben.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, zu welchen Fehlschlüssen eine lineare Ablei-

tung von Täteraussagen führen kann. Sie führt direkt zur zentralen Fragestellung meiner Arbeit, der Frage nach der lokalen Verantwortung für die Deportationen. Bisher erfolgte fast ausnahmslos die alleinige Schuldzuweisung an die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien. Sie hätte ihre Weisungen direkt vom RSHA in Berlin erhalten, in einer hermetisch gegen jede Einflussnahme von außen abgeschotteten Befehlsstruktur. Die „Zentralstelle“ wäre Eichmanns Dezernat im RSHA direkt unterstellt gewesen, Gestapo und Kripo hätten auf Weisung der „Zentralstelle“ nur Hilfsdienste zu leisten gehabt. Wenn von lokaler Verantwortung gesprochen werden könne, kämen dafür nur Alois Brunner — der stellvertretende Leiter der „Zentralstelle“ — und seine Mitäter in Frage.³

Diese These wurde unter anderem mit folgender Prozessaussage Ebners begründet: „*Die Zentralstelle war, wie schon ihr Name sagt, eine Zentralbehörde ... In der Praxis war sie nichts anderes als eine Expositur der Berliner Zentrale, mit der sie unmittelbar und ohne Zwischenglied ihre Dienstgeschäfte abwickelte ... sie wurde unter der Annahme errichtet, dass die Staatspolizeileitstellen [sic!] in Österreich nicht in der Lage sind, die Judenfrage in Österreich zu lösen.*“⁴

An dieser Aussage ist buchstäblich kein Wort richtig. Aber es war wohl die einzige Verteidigungsstrategie, die der erfahrene Jurist Ebner für Erfolg versprechend hielt. Der von der Todesstrafe bedrohte ehemalige „Judenreferent“ hatte erkannt, dass ihm nur die völlige Distanzierung von allen Vorgängen der Deportation helfen könne.

Es war der gleiche Ebner, der am 5. Juli 1943 an Dr. Hugo Jury, „Reichsstatthalter in Niederdonau“, einen Brief gesandt hatte. Ebner schlug darin Jury in Ich-Form die Beförderung eines Mitarbeiters mit folgenden Worten vor: „*In seinen Aufgabenkreis fiel die Freimachung der Wohnungen und Unterkünfte von 48.500 Juden, die ich aus meinem Dienstbereich (Wien–Niederdonau) nach den Ostgebieten evakuiert habe.*“⁵ Ebner war gut informiert. Die Zahl 48.500 entspricht exakt dem heutigen Forschungsstand.

Ebner bediente sich im Übrigen bei seiner Verteidigung der so genannten „Glasenbacher Erklärung“: Im US-Internierungslager Glasenbach bei Salzburg hatten die ehemaligen Gestapo-Juristen Trenker und Siegel 1946 einen umfangreichen Schriftsatz angefertigt. Darin findet sich die professionell ausgearbeitete Verteidigungsstrategie, auf die später *unisono* von allen Spitzenfunktionären der Gestapo in ihren

WIR GRATULIEREN

Der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang **Neugebauer**, erhielt das *Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien*, der langjährige Bibliothekar des DÖW Prof. Herbert **Exenberger** wurde mit dem *Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien* ausgezeichnet.

DÖW-Vorstandsmitglied Dr. Kurt **Scholz** erhielt das *Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse*.

Der Wissenschaftsreferent der Stadt Wien, DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ.-Doz. Dr. Hubert Christian **Ehalt**, wurde mit dem Titel *Universitätsprofessor* ausgezeichnet.

DÖW-Kuratoriumsmitglied Prof. Mag. Ernst **Degasperi** wurde der Titel *Ehrenbürger der Universität Wien* verliehen.

Dr. Bernhard **Strebel**, Mitarbeiter an der Gedenkstätte Bergen-Belsen, erhielt für seine umfassende Darstellung zum Konzentrationslager Ravensbrück („Das KZ Ravensbrück, ein Lagerkomplex“) den *Prix Guillaume Fichet-Octave Simon*.

Der österreichische Schriftsteller Robert **Menasse** wurde mit dem *Erich Fried Preis 2003* ausgezeichnet.

Manuela **Haingartner**, Kerstin **Prinz** und Thomas **Selic** erhielten den erstmals vergebenen *Kuhn-Gugig-Preis für Zivilcourage, Toleranz und gelebte Demokratie*.

Für seine Master-These über die Kommunikationspolitik der KZ-Gedenkstätte Mauthausen erhält Harald **Hutterberger**, Msc, den diesjährigen *Prix Jacques Rozenberg* der *Fondation Auschwitz*, Brüssel.

Der Publizist Prof. Kurt **Dieman** erhielt das *Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich*.

DÖW-Mitarbeiter Ferdinand **Hackl** feierte seinen 85. Geburtstag.

Verhandlungen zurückgegriffen wurde. Trenker und Siegel bezeichneten die Gestapo als „*öffentlich rechtlich anerkannte Polizeidienststelle*“⁶, deren Beamte aus der österreichischen Polizei und Gendarmerie zur Gestapo „übergeleitet“ worden waren, „*wie z. B. Bahn- oder Postbeamte ...*“ In einem ausführlichen Sonderkapitel wurde die Verantwortung für die Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens pauschal der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zugeschoben, die direkt ihre Befehle aus Berlin erhalten hätte.

Aber es war nicht nur die einseitige Fixierung auf die Aussagen der Täter, die den Blick auf die lokale Verantwortung von Protagonisten wie Schirach, Huber oder Ebner verstellten. Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten ergeben sich im Bereich von drei weiteren komplexen Problemfeldern.

Das erste: Die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien — zunächst als Beraubungs- und Vertreibungsinstitution, dann als Sammel- und Deportationsinstitution — war als neuartiger Funktionskörper ein organisatorischer Modellfall. Von Eichmann aufgebaut, stand sie mit Recht von Anfang an im Mittelpunkt der Erforschung des Schicksals der jüdischen Bevölkerung Wiens. Die Fixierung auf die „Zentralstelle“ ist allerdings auch geeignet, den Blick auf lokale Befehlshierarchien und damit tatsächliche Verantwortlichkeiten zu verstellen.

Das zweite Problemfeld: Der erwiesenermaßen ausgetragene Konflikt zwischen der Staatspolizeileitstelle Wien und der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Er kann leicht zur Annahme verleiten, hier wäre ein Machtkampf um die lokale Hauptrolle bei der Planung, Organisation und Durchführung der Deportationen ausgetragen worden.

In Wirklichkeit ging es darum, an welche Institution sich die Israelitische Kultusgemeinde Wien mit ihren Anträgen wenden sollte bzw. welche lokalen Weisungen die IKG von der Gestapo bzw. von der „Zentralstelle“ entgegenzunehmen hätte.

Und schließlich das dritte Problemfeld: Adolf Eichmann betrachtete noch 1961 in seinem Prozess in Jerusalem die Wiener „Zentralstelle“ als Höhepunkt seiner Laufbahn und leitete eine Art persönliches Urheberrecht auf diese Institution ab. Die weltweite Berichterstattung über den Prozess erzeugte den so genannten „Eichmann-Effekt“ (Michael H. Kater) und führte im Medienbild zu einer weitgehenden Personalisierung und Monopolisie-

rung des Genozids. So scheint es bis heute schwer vorstellbar, dass Eichmann nicht in der Lage gewesen sein sollte, sich von Berlin aus auch über ranghöhere Funktionsträger in Wien hinwegzusetzen.

Ich habe in meiner Arbeit den Versuch unternommen, diese Problemfelder — Täteraussagen, „Zentralstelle“, Konflikt Gestapo–„Zentralstelle“ und „Eichmann-Effekt“ — analytisch zu erfassen. Als Voraussetzung für eine grundsätzliche Klärung der Frage nach der Verantwortung für die Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens. Darüber hinaus kann die Frage ohne Beschäftigung mit der Person und Funktion Hubers und seines Dauervertreter Ebner nicht ausreichend beantwortet werden.

Die Ergebnisse der Analyse und die Auswertung von bisher unveröffentlichtem Dokumentenmaterial lassen meiner Auffassung nach den Schluss zu, dass die These von der alleinigen, ungeteilten Verantwortung — einerseits der zentralen Befehlsinstanz des RSHA, andererseits der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien — nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Schirach war die treibende Kraft hinter der frühzeitigen und forcierten Deportation der jüdischen Bevölkerung. Er wollte nach seiner Ernennung zum Reichsstatthalter und Gauleiter von Wien im August 1940 seinem Idol Hitler so schnell wie möglich die „Erfolgsmeldung“ des „*Fest[es] des judenfreien Wien*“ übermitteln. Schirach stand dabei auch in seiner Funktion als oberster kommunaler Chef unter starkem Druck der Parteibasis, durch beschleunigte Deportation der Jüdinnen und Juden Wiens dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.⁷ Er erhielt die Zusage Hitlers für die Deportationen und die Mitteilung über den Zeitpunkt nachweislich *vor* den hierfür direkt Verantwortlichen im RSHA. Es ist dem „Drängen“ Schirachs zuzuschreiben, dass die ersten Massendeportationen nicht aus dem „Altreich“, sondern bereits im Februar und März 1941 aus Wien abgefertigt wurden.

War Schirach die treibende Kraft, dann war es Huber, der in seinen Schlüsselpositionen als Inspekteur und Gestapochef die lokale Verantwortung für sämtliche exekutiven Vorgänge im Zusammenhang mit den Deportationen trug. Huber führte die größte Staatspolizeileitstelle des Deutschen Reiches ohne direkte Kontrollinstanz. Er konnte in seinem Machtbereich das Terrorinstrument der Gestapo, frei von jeder hierarchischen Einschränkung, nach

eigenem Ermessen einsetzen. Als Inspekteur war Huber zusätzlich Chef des Sicherheitsdienstes und damit Dienststellenleiter der „Zentralstelle“.

Es gibt zwar Anhaltspunkte dafür, dass Huber seine Aufgaben als Inspekteur eher repräsentativ und als Leiter der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eher formell aufgefasst haben dürfte: Dokumentierte Weisungen an die „Zentralstelle“ erfolgten fast ausschließlich durch seinen Dauervertreter Ebner. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, dass jede relevante Weisung des RSHA an Schirach und Huber gerichtet war — und nicht etwa an Alois Brunner oder einen anderen subalternen Mitarbeiter der „Zentralstelle“. Dass Eichmanns Bemühungen, über seinen persönlichen Einfluss bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien direkten Zugriff auf die „Zentralstelle“ zu erlangen, letztlich erfolglos blieben, konnte in meiner Arbeit ebenfalls nachgewiesen werden.

Die Deportationsbefehle des RSHA gelangten *zuerst* in die Hände Hubers, der sie — als Dienststellenleiter der „Zentralstelle“ — dann an Brunner weitergab oder damit Ebner beauftragte. Wie Schirach erhielt auch Huber die zentrale Entscheidung zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Wiens *vor* dem im RSHA zuständigen Dezernat Eichmanns. Auch dabei kann das Einverständnis seines Protektors Heydrich und seines Freundes Müller vorausgesetzt werden.

Die Vorgänge vor den ersten Massendeportationen im Februar und März 1941 sind gut dokumentiert. Hier eine kurze Chronologie in Stichworten:

1. Februar 1941

Im Dienstzimmer Ebners und in Gegenwart Brunners informiert Ebner den Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde Löwenherz über die bevorstehenden Deportationen aus Wien. Die 13-Punkte-Weisung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit von Ebner selbst formuliert.

12. Februar

Die Gauleitung Wien verschickt ein Rundschreiben an alle Kreisleiter mit dem Inhalt der 13-Punkte-Weisung.

13. Februar

Polizeipräsident Gotzmann erlässt ein Rundschreiben über die „Evakuierung der Juden aus Wien in das Generalgouvernement“. Inhalt des Rundschreibens ist ein von Huber in Ich-Form abgefasster Brief. Huber verfügt, dass alle Juden mit ständi-

gem Wohnsitz in Wien, die das Gaugebiet verlassen wollen, sich an die „Zentralstelle“ zu wenden hätten.

Ebenfalls 13. Februar

Eichmann richtet im Auftrag Heydrichs ein Fernschreiben an alle Stapostellen, in der wörtlich die Verfügung Hubers zitiert wird. Es wird darin festgestellt, dass die Leitstelle Wien dazu bereits einen Erlass veröffentlicht hätte.

(Dazu eine Anmerkung: Eichmann bestätigte in seinen Verhören in Jerusalem, dass die Leitstelle Wien früher von Hitlers Befehl erfahren habe als das RSHA.)

Wer könnte nach diesem Quellenmaterial daran zweifeln, dass zentrale Weisungen des RSHA — auch in weniger schicksalhaften Zusammenhängen — Schirach und Huber vor einem Obersturmführer Brunner erhalten hätten? Wer könnte ernsthaft die Mitverantwortung dieser beiden lokalen Protagonisten des Genozids bestreiten?

Zum Abschluss: Die weiteren Schicksale von Schirach, Kaltenbrunner, Eichmann sind bekannt. Und Ebner und Huber?

Dr. Karl Ebner arbeitete bis zu seiner Pensionierung als Hausverwalter einer Bau- und Siedlungsgenossenschaft der CA, krass überqualifiziert, krass unterbezahlt, verbittert darüber, wie wenig sich die Nutznießer seiner Interventionen um ihn

gekümmert hätten, vor allem „die vielen Geistlichen“, die er gerettet hätte. Die Gerichte interessierten sich für sein Expertenwissen: Weit über 200-mal wurde er zu Zeugenaussagen aufgerufen. Seine Tochter erinnert sich an zwei immer wiederholte Stehsätze Ebners. Der eine hieß: „Das Schlimmste in Wien war das Vernadern“ — womit er allerdings einen der wesentlichen Gründe für die Effektivität der Gestapo, die hohe Denunziationsbereitschaft, in Frage stellte. Der zweite stereotype Satz Ebners war: „Fragt nicht danach, es ist besser, wenn ihr nicht alles wisst.“ Bis zu seinem Tod 1983 verweigerte er seiner Frau und seiner Tochter den Zugang zu seiner Vergangenheit.

Franz Josef Hubers mildes Urteil in seinem Spruchkammerverfahren wurde kassiert, er wurde 1949 zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, unter Anrechnung der Internierungshaft. Kein Problem für Huber: Er erschien nicht zur Verhandlung, er tauchte unter, der CIC dürfte weiterhin seine Hand über ihn gehalten haben. Das Auslieferungsbegehren Österreichs, das erst 1949 eingelangt war, blieb wirkungslos. 1955 wurde der Spruch der Berufungskammer aufgehoben, Huber freigesprochen. In der Urteilsbegründung hieß es wörtlich: „Die Kammer kam zu der Überzeugung, dass diese glänzende Karriere nicht durch Zugehörigkeit zur Partei, sondern durch das fachliche Können des Betroffenen in erster Linie bedingt war.“

Huber lebte daraufhin unbehelligt in München, an seiner letzten Wohnadresse meldete er sich nicht ab, alle Recherchen blieben erfolglos, sein Todesdatum ist unbekannt. Franz Josef Huber, Krimineller und Kriminalist, hatte seine letzten Spuren verwischt. Fast wäre es ihm wirklich gelungen, Unperson der Zeitgeschichte zu werden.

¹ Oberbefehlshaber des Heeres.

² Ian Kershaw, Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 666 f.

³ Raul Hilberg, der Doyen der Holocaustforschung, betrachtete übrigens in seinem 1961 erschienenen Standardwerk „Die Vernichtung der europäischen Juden“ Gestapo und „Zentralstelle“ als einen Komplex, worauf auch seine Formulierung „der in Wien für Judenangelegenheiten verantwortliche Gestapomann, Obersturmführer Brunner“ hinweist. Nachdem bereits eine zweite Generation von Historikerinnen und Historikern aus gutem Grund das Werk Hilbergs als Anleitung und Fundgrube betrachtet, liegt es nahe, dass seine Ansicht auf diesem Wege perpetuiert und nicht wirklich hinterfragt wurde.

⁴ Karl Ebner, Stellungnahme zu Urteil, S. 145 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁵ Schreiben von Ebner an den Reichstatthalter in Niederdonau vom 5. Juli 1943, Aktenzahl Nr. 6075/40 IV b 4, Vg 4b Vr 1223/47 Blz. 16.

⁶ Dr. Werner Best verwendete in seiner Zeugnisaussage vor dem IMT in Nürnberg eine ähnliche Formulierung: „Die Beamten der Gestapo sind vom Staat angestellte Beamte und in einem öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnis gewesen.“ Der Nürnberger Prozess, 25488.

⁷ Vgl.: Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Juden-deportation in Wien, Wien 1975.

WIR BETRAUERN

Der Schauspieler und Regisseur Prof. Walter **Davy**, Mitglied des DÖW-Kuratoriums, verstarb am 15. September 2003 im Alter von 78 Jahren..

Ing. Josef **Wicher**, Mitglied des Bundesvorstands des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus und dem DÖW eng verbunden, starb am 13. Oktober 2003 im 73. Lebensjahr.

Die Gänse vom Feliferhof

Im Rahmen der Ausstellung „Berg der Erinnerungen“, die bis 28. September 2003 im Grazer Schlossbergstollen gezeigt wurde und im Internet zu sehen ist — <http://www.berg03.at> —, wurde von

Oberst i. R. Manfred Oswald auch auf den Feliferhof aufmerksam gemacht.

Auf dem Gelände des nunmehr dem österreichischen Bundesheer gehörenden Militärschießplatzes Feliferhof (Graz-Wetzelsdorf) fanden 1941–1945 Hinrichtungen und Exekutionen von NS-Gegnern und Widerstandskämpfern, insbesondere von Militär- und Polizeiangehörigen statt. Zu ihrem Gedenken wurde 1947 auf dem Grazer Zentralfriedhof ein Denkmal errichtet und im Dezember 1980 eine Mahntafel am Feliferhof enthüllt. Einen 1995 ausgeschriebenen internationalen Wettbewerb für ein Mahnmal auf dem Feliferhof gewannen die renommierten Konzeptkünstler Esther und Jochen Gerz mit ihrem Projekt „Die Gänse vom Feliferhof“: Ganz kurze Texte, erstmals von den Künstlern vorgegeben, dann jährlich von Grundwehrdienern formuliert, sollten auf vier Fahnenmasten täglich aufgezogen werden und zum Nachdenken anregen. Wenige Wochen nach Bekanntwerden dieses Projekts kam die Ablehnung durch den steirischen Militärkommandanten mit

Hinweis auf die „provokanten“ Textvorschläge („Auf Mut steht Tod“, „Verrat am Land wird dekoriert“, „Barbarei ist die Soldatenbraut“, „Soldaten so heißen wir auch“).

Auch das DÖW setzte sich damals für die Errichtung des Mahnmals ein. In einem Schreiben an den damaligen Verteidigungsminister Herbert Scheibner wies der wissenschaftliche Leiter des DÖW Wolfgang Neugebauer darauf hin, dass seines Wissens nach über die Textentwürfe auch von Seiten des Künstlerehepaars gesprochen werden könne, um das Projekt doch noch zu realisieren.

Scheibner antwortete am 14. April 2000: „Die vom Ehepaar GERZ vorgeschlagenen Texte [...] wurden vom Militärkommando STEIERMARK abgelehnt, weil sie aufgrund einer pauschalen Verunglimpfung von Soldaten im Heer keine Akzeptanz gefunden haben. [...] Nach Auskunft des steirischen Militärkommandanten habe das ‚GERZ-Projekt‘ mit den in Diskussion stehenden Texten dennoch durch die Weltpresse und durch das Internet eine

sehr weite Verbreitung gefunden. Damit seien die Sprüche in der Öffentlichkeit untrennbar mit diesem Projekt verbunden, was auch eine Änderung dieser Texte nicht ändern würde.“

10 Jahre Österreichische Exilbibliothek

Seit nunmehr zehn Jahren besteht die als Abteilung der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur im Literaturhaus (Wien 7., Seidengasse 13) eingerichtete Österreichische Exilbibliothek als Forschungs-, Dokumentations- und Serviceeinrichtung, die Material über österreichische Kulturschaffende in Exil und Emigration seit 1933/38 sammelt, bearbeitet und veröffentlicht.

Aus Anlass der 10-Jahres-Feier ist noch bis 19. Dezember 2003 die Ausstellung „Geteilte Erinnerung: Generationen des Exils“ zu sehen. Die von der Österreichischen Exilbibliothek gemeinsam mit Alisa Douer erarbeitete Ausstellung erzählt mit Fotos, Dokumenten und Büchern 13 österreichische Familiengeschichten, in denen sich Begabungen und Berufsbilder über die Generationen und unter den Bedingungen von Vertreibung und Exil fortsetzen. (Öffnungszeiten: Mo, Mi 9.00–17.00 Uhr, Di 9.00–19.00 Uhr, Fr 9.00–15.00 Uhr und während der Abendveranstaltungen)

Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikdokumentation

Ziel der 1996 gegründeten Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikdokumentation (GWT) ist das Erstellen und Archivieren von Bild-, Video- und Tondokumenten über herausragende Wissenschaftler und Techniker, um der Nachwelt ein möglichst lebendiges und vielfältiges Abbild dieser Persönlichkeiten vermitteln zu können. Die zu erstellenden Dokumente, die im Wesentlichen Leben und Werk der jeweiligen Forscherpersönlichkeit zum Gegenstand haben, werden in erster Linie mit Hilfe von sich frei entfaltenden Interviews gewonnen. Die dokumentarische Arbeit erstreckt sich nicht ausschließlich auf Österreich; großer Wert wird auch auf die Erstellung audiovisueller Dokumente über jene Persönlichkeiten gelegt, die nach dem „Anschluss“ 1938 aus Österreich flüchten mussten.

Zur Zeit umfasst das Audioarchiv mehr als 800 Tonband-Kassetten mit über 1.100 Stunden Aufnahmezeit und etwa 300 Studiotonbänder (150 Stunden). Das Videoarchiv enthält rund 150 S-VHS-, VHS-Kassetten und andere Formate. Das Bildarchiv hat einen Umfang von etwa 5.000 SW-, Farb- und Stereofotografien. Da ein großer Teil des historisch bedeutendsten Datenbestandes hauptsächlich in Form von Ton- und Videokassetten vorliegt und diese Datenträger nur von begrenzter Lebensdauer sind, ist es gegenwärtig die vorrangigste Aufgabe der GWT, diese Dokumente auf andere (digitale) Datenträger zu übertragen und zu protokollieren, um sie so erhalten zu können und gleichzeitig für die Benützung einfach zugänglich zu machen. Die Benützung des Archivs ist für Mitglieder kostenlos. Kopien von Archivadokumenten für nichtkommerzielle (wissenschaftliche) Zwecke werden gegen Spesenersatz erstellt.

Kontakt: Dr. phil. Reinhard Schlögl, Mariahilferstraße 35, A-1060 Wien, Telefon und Fax: +43-1-587 77 70, e-mail: reinhardschloegl@aon.at

The Song of Terezin

Am 27. Jänner 2004 wird in der Tschechischen Republik erstmals ein Nationaler Gedenktag zum Holocaust begangen. Aus diesem Anlass bereiten das Mauthausen Komitee Österreich, die Jüdische Gemeinde Prag und das Österreichische Kulturforum in Prag eine Aufführung des visuellen Oratoriums „The Song of Terezin“ (Das Lied von Theresienstadt) in der Tschechischen Staatsoper in Prag vor.

Der Komponist Franz Waxman (1906–1967), 1934 selbst in die USA emigriert, komponierte Gedichte von Kindern aus dem Ghetto Theresienstadt zu einem Oratorium, das kurz vor seinem Tod 1967 uraufgeführt wurde. Von der Kunstuniversität Linz wurde dieses Oratorium in einer Visualisierung durch Videoclips interpretiert. Die musikalische Leitung hat Prof. Thomas Kerbl mit dem Orchester *Ensemble Sonare Linz* inne.

Armin Berg Gesellschaft

Die im Herbst 2003 gegründete Armin Berg Gesellschaft bezweckt die Förderung, Erforschung und Verbreitung jüdi-

scher Unterhaltungskultur sowie die Erweiterung der Kenntnisse über ihren literarischen und gesellschaftlichen Kontext. Langfristiges Ziel der Forschungsarbeit ist es, ein Ton- und Textarchiv zu erstellen und öffentlich zugänglich zu machen. Außerdem soll das Andenken der vielen in dieser Branche tätigen Künstler und Schriftsteller gepflegt und durch Erforschung und Aufführung ihrer Werke erhalten werden. Mittelfristig geplante wissenschaftliche Projekte sind die Aufarbeitung und Erschließung der Materialien im Niederösterreichischen Landesarchiv (Theaterzensursammlung) und die Herausgabe einer CD-Reihe historischer Aufnahmen in Zusammenarbeit mit dem britischen Forscher Mike Aylward. Schließlich will die Armin Berg Gesellschaft auch eine Vernetzung zwischen den vielen Institutionen und privaten Sammlern herstellen und einen Katalog herausgeben.

Kontakt: Armin Berg Gesellschaft. Verein zur Förderung und Erforschung jüdischer Unterhaltungskultur in Wien, Bernhardtstalgasse 44/9/16, 1100 Wien, Telefon +43-1-606 08 93, e-mail: ABG@aon.at.

„Im Namen der Republik“

Im Jänner 2003 findet im Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung (Praterstern 1, 1020 Wien) die Vortragsreihe „Im Namen der Republik Österreich — Die Ahndung von Verbrechen an Juden und Jüdinnen vor österreichischen Gerichten nach 1945“ statt. (Kursnummer.: V 915/AK, Gebühr: EUR 6,-; Information und Anmeldung: office@jud-institut-wien.at)

Programm:

7. Jänner: Dr. Claudia Kuretsidis-Haider und Dr. Winfried R. Garscha: „Nicht Härte, nicht Milde, sondern Gerechtigkeit“ — Überblick über Verfahren vor österreichischen Gerichten und ein Vergleich mit Deutschland

14. Jänner: Mag. Eva Holpfer: Die „Reichskristallnacht“ vor Gericht — Die justizielle Ahndung von Verbrechen im Zuge des Novemberpogroms 1938

21. Jänner: Mag. Susanne Uslu-Pauer: „Hunderte jüdische Zwangsarbeiter niedergemetzelt“ — Todesmärsche ungarischer Juden und ihre Ahndung durch österreichische Gerichte

28. Jänner: Mag. Sabine Loitfellner: „Im Vorhof der Vernichtung“ — Österreichische Nachkriegsprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im KZ Auschwitz

Verdrängter Widerstand?

Peter Michael Lingens hat in profil Nr. 44, 27. 10. 2003, den österreichischen Widerstand für sich entdeckt („Der verdrängte Widerstand. Österreich hat energisch gegen Hitler gekämpft — und will es nicht wahrhaben“). DÖW-Mitarbeiterin Univ.-Doz. Dr. **Brigitte Bailer-Galanda** und Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Botz**, Ordinarius für Zeitgeschichte an der Universität Wien, haben in Form von Leserbriefen (im Folgenden abgedruckt) reagiert. Ein Teil des Leserbriefes von Brigitte Bailer-Galanda — der letzte Absatz — wurde in profil Nr. 46, 10. 11. 2003, veröffentlicht — ihre Aussage freilich wird durch diese Auswahl ins Gegenteil gekehrt.

Brigitte Bailer-Galanda

P. M. Lingens übersieht in seinem Artikel doch einige wesentliche Fakten der österreichischen Nachkriegsgeschichte ebenso wie der Entwicklung der historischen Aufarbeitung der Geschichte des antinationalsozialistischen Widerstandes in Österreich, an der Ella Lingens im Übrigen bereits 1966 mit der von ihr verfassten und vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebenen Broschüre „Eine Frau im Konzentrationslager“ Anteil hatte.

Die junge Disziplin der Zeitgeschichtsforschung ebenso wie das von ehemaligen WiderstandskämpferInnen aller politischen Richtungen 1963 gegründete DÖW veröffentlichten bereits in den sechziger Jahren erste Publikationen zu Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938–1945. Zu erwähnen seien unter anderem das von Erika Weinzierl 1969 in erster Auflage herausgebrachte Buch „Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgungen 1938“, die fünf Jahre zuvor erschienene Veröffentlichung Herbert Steiners, Gründers des DÖW, „Zum Tode verurteilt. Österreicher gegen Hitler“ oder die Arbeit Karl R. Stadlers, Pioniers der österreichischen Widerstandsforschung, „Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten“ aus dem Jahr 1966. Es würde den Umfang eines Leserbriefes bei weitem übersteigen, alle Veröffentlichungen zu verschiedenen Aspekten des Widerstandes gegen das NS-Regime hier aufzulisten. Jene des Dokumentationsarchivs sind in der im Mai erschienenen Broschüre „1963–2003. Vierzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ oder auf unserer Homepage (<http://www.doew.at>) nachzulesen. Nicht übersehen werden dürfen die unzähligen Seminar- bzw. Diplomarbeiten und Dissertationen an österreichischen Universitäten ebenso wie Fachbereichsarbeiten von MaturantInnen zur Thematik.

Doch die Geschichte Österreichs in der NS-Zeit ist nicht vollständig, wird nicht auch der Anteil der ÖsterreicherInnen an Verfolgung und Beraubung — zuletzt dar-

gestellt durch die Historikerkommission der Republik Österreich — in die Betrachtung einbezogen. Das mutige Handeln der WiderstandskämpferInnen darf nicht gegen Schabigheit und Verbrechen anderer Landsleute aufgerechnet werden.

Gerhard Botz

Peter Michael Lingens' (PML) „verdrängter Widerstand“ verdrängt mehrfach die historische Wahrheit.

„... hätte ich mir ... vorstellen können, was Auschwitz bedeutete — ich hätte wahrscheinlich keinen Juden versteckt ...“ So schrieb Ella Lingens, PMLs Mutter, in dem großartigen Buch, in dem sie vor 55 Jahren in — auch vor sich selbst — schonungsloser Offenheit und intellektueller Klarheit die Situation der Häftlinge und die Struktur des Frauenlagers in nächster Nähe der Gaskammern von Birkenau beschreibt. Ein Klassiker der analytischen Literatur zum KZ-System, dessen englische Erstausgabe nun in revidierter und erweiterter Form auf Deutsch vorliegt. Noch Mitte der 1980-er Jahre hatte Ella Lingens gemeint, das Buch sei nicht mehr aktuell, als ich mehrfach vergeblich versuchte, ihre Zustimmung zu erhalten, eine Übersetzung davon in den von mir herausgegebenen „Studien zur historischen Sozialwissenschaft“ herauszubringen.

Es ist selbstverständlich, dass wahre HeldInnen des Widerstands und der Zivilcourage im NS-Terrorssystem im Rückblick betonen, dass ihre Taten gar nicht so selten gewesen seien, ehrenhaft und subjektiv vollkommen im Recht. Nur, ihr Widerstand, wie „bescheiden“ und „ungeplant“ er vielleicht auch gewesen war, war eingebettet in ein Meer von Zustimmung, Kollaboration und potenziellen Denunzianten, jedenfalls solange Hitlers Regime siegreich schien. Erst als es sich zu Ende neigte, wuchs auch ein — immer noch — bewundernswerter und riskanter politischer Widerstand. Eben einen solchen zu fördern, war die Absicht der Moskauer Deklaration vom November 1943 mit ihrer — geschichtswissenschaftlich korrek-

ten — janusköpfigen Charakterisierung des wieder herzustellenden Österreichs: Opfer und Mittäter zugleich. Der Vater der Formulierung von Österreich als dem „ersten Opfer“ Hitlers war das Foreign Office, insbesondere der englische Diplomat Geoffrey Harrison, wie u. a. der amerikanisch-österreichische Zeitgeschichtler Günter Bischof überzeugend dargelegt hat, nicht Otto Habsburg, nicht Ernst Molden, nicht Molotov.

Eine besonders stimulierende Wirkung auf die Widerstandstätigkeit in der „Ostmark“ war allerdings auch in den letzten Monaten des „Dritten Reiches“ nicht zu registrieren, jedenfalls nicht oder kaum stärker als im „Altreich“. Dies ist eine geschichtswissenschaftlich vielfach abgesicherte Feststellung, wie sich überhaupt die österreichische universitäre Zeitgeschichte und insbesondere das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes seit vier Jahrzehnten so intensiv mit den Thematika Widerstand und Nationalsozialismus beschäftigt haben, dass ihnen von anderen Historikern dies geradezu zum Vorwurf gemacht wurde. Und wenn PML meint, Österreich habe „seinen Widerstand bis heute nicht für sich entdeckt“, so trifft dies eher für ihn selbst zu; Irene Harand, deren mutigen Kampf gegen Hitler meine Vorgängerin, Erika Weinzierl, nicht müde wird, zu erforschen, ist in österreichische Zeitgeschichtedarstellungen eingegangen, ebenso wie Roman Scholz, Franz Jägerstätter, Jura Soyfer, Johann Otto Haas, Schwester Restituta und viele andere.

Allerdings, wenn PML meint, das heutige Österreich schätze Dollfuß' „Kampf gegen Hitler“ (noch) nicht, so hat er aus seiner Sicht recht. Denn die daran anknüpfende grenzgeniale These eines Münchner Politologen ist in der österreichischen und internationalen Geschichtsforschung trotz 20-jährigen Propagierens nicht anerkannt worden. Der „Staatwiderstand des österreichischen Ständestaates gegen Hitler“, der sich zwar deutlich von der noch andauernden Orientierung eines Anschlusses an ein (demokratisches) Deutschland bei Otto Bauer und Karl Renner abhebt, ist

immerhin mit einem diktatorischen Regime verknüpft. Der autoritäre „Ständestaat“ war zwar weniger repressiv als das NS-Regime in den 1930-er Jahren und nicht totalitär, aber eben doch antidemokratisch. Dies bloß als innenpolitische Fehler des „weitsichtigen Patrioten“ Dollfuß — der in seiner Jugend durchaus auch eine gewisse Inklinaton zum Anschlussdenken aufwies (G. Jagschitz) — zu bezeichnen, ist Verharmlosung. Der Expansion des Deutschen Reiches außenpolitisch entgegenzutreten (wie Dollfuß) oder bestenfalls hinhaltenden Widerstand (wie Schuschnigg) zu leisten, verdient historiographisch gewürdigt zu werden, beide und deren Regierung deswegen demokratisch weißzuwaschen ist nicht nur politisch reine Geschmackssache, sondern auch historisch falsch, wie schon ein oberflächlicher Blick in die Geschichtsbücher des 20. Jahrhunderts zeigt. Anhänger einer Diktatur haben manchmal energisch Anhänger einer anderen, entgegengesetzten Diktatur bekämpft und sind deswegen nicht schon Demokraten gewesen. Ohne eine Gleichstellung suggerieren zu wollen, denke man nur an Stalin und Hitler (1941–45). Ein von PML gefordertes „gesundes Österreich-(Selbst-)Bewusstsein“ kann auch gelassen in solche und in die eigenen Widersprüche sehen. Es ist sicher nicht notwendig, einem Journalisten vom Range eines Peter Michael Lingers, der bei Simon Wiesenthal sein Recherche-Handwerk gelernt hat, das Kreisky-Wort „Lernen Sie Geschichte, Herr Redakteur!“ zuzurufen, vielleicht genügt eine zweite Lektüre des großen Buches seiner Mutter: „Gefangene der Angst“.

Mitteilungen im PDF-Format

Beziehen Sie die *Mitteilungen* ohne Druck- und Versandzeiten: als PDF-Format auf www.doew.at.

LeserInnen, die bisher unsere *Mitteilungen* auf dem Postweg bezogen haben und nun diesen Service nutzen wollen, bitten wir um eine kurze formlose Information (office@doew.at).

Sie helfen uns damit, beträchtliche Portokosten zu sparen.
Vielen Dank!

NEUES VON GANZ RECHTS

DÖW-Verleumdungen im Internet

Im Forum des neonazistischen *Wikinger-versandes* hat ein Wiener Aktivist unter dem Namen „ClockworkSimpson“ einen „offenen Brief“ an das DÖW veröffentlicht. Der Neonazi fand den Brief, den eine obskure Truppe namens *Sedunia* verfasst hat, auf *Indymedia* und hält ihn für „zumindest lesenswert“. Das überrascht nicht, ist der Text doch durchzogen von Verleumdungen.

Wurde dem DÖW bis in die frühen 90-er Jahre eine angebliche Nähe zum Kommunismus vorgeworfen, so muss es sich seit dem Wechsel des Hauptfeindes anhören, es sei quasi eine Vorfeldagentur des „US-Imperialismus“ und „Zionismus“. In besagtem Brief wird dem DÖW etwa eine „intellektuelle und ideologische Nähe zu US-Kriegsideologen“ attestiert. Der Grund dafür dürfte in der Berichterstattung über die rechtsextreme Szene liegen: Diese hat ja seit den späten 90-er Jahren den Kampf gegen „USrael“ zu ihrem Hauptinhalt. Auch die von der *Aktion gegen den Antisemitismus* auf der DÖW-Homepage publizierten Texte über den Antisemitismus im antiimperialistischen Milieu bewirkten offenbar den öffentlichen Wutausbruch. Neu ist der Vorwurf des „Rassismus“, dem sich DÖW-Mitarbeiter, die auf den Antisemitismus im Islamismus/arabischen Nationalismus und dessen Allianzen mit dem Neonazismus hinweisen, ausgesetzt sehen. Altbekannt sind hingegen die Vorwürfe, das DÖW betreibe „Denunziationen“ und greife zu „inquisitorischen Methoden“.

Gudenus-Interview in NPD-Blatt

Offenbar keine Berührungsängste gegenüber Neonazis kennt der FPÖ-Bundesrat John Gudenus. So ließ er sich für die Oktoberausgabe der *Deutschen Stimme* von Holger Apfel interviewen. Der FPÖ-Spitzenpolitiker stimmt dort dem NPD-Führungskader in seiner Beschreibung der FPÖ als willige Mehrheitsbeschafferin für den neoliberalen Kurs der ÖVP weitgehend zu. Gudenus setzt an seinen Parteifreunden aus, dass sie „die patriotische bzw. nationale Grundlinie“ heute mehrheitlich verschweigen. Auch das Christentum habe bei der FPÖ keine „kämpferische Komponente“.

Gefragt nach dem Positionspapier, das Andreas Mölzer anlässlich des Treffens europäischer Rechter in Klagenfurt (Juli 2002) formuliert hat, fasst Gudenus dessen Stoßrichtung zusammen: Das Papier bekräftige, dass „in Europa eigene Identität und kulturelle Vielfalt bewahrt werden“ müsse, „die Familie als Keimzelle des Staates und Volkes“ zu fördern sei, in „einem integrierten Europa der Schutz des Bürgers vor einer ausufernden, anonymen Bürokratie und unkontrollierten Lobbies und Kräften im Hintergrund“ garantiert gehöre, „in einer freiheitlichen Bürgergesellschaft der Zukunft die innere Sicherheit Priorität“ habe und „ein Europa der Vaterländer seine weltpolitischen Interessen eigenständig und selbstbewusst vertreten“ müsse. Nichts auszusetzen hat Gudenus daran, dass im Rahmen einer „Europakonferenz“ der NPD und der *British National Party* dieses „Positionspapier“ angenommen und zur Grundlage einer europäischen Zusammenarbeit von Rechtsextremen und Neonazis erklärt wurde. Vielmehr verlangt auch er, dass „europäische Rechtsparteien [...] sich nicht gegenseitig ausgrenzen und sich nicht durch ihnen ablehnend gegenüberstehende Medien auseinander dividieren lassen“. Als einzige Einschränkung will Gudenus gelten lassen, dass diese Parteien „in der Gesetzgebung der jeweiligen Staaten tätig sind“.

Rechtsextreme und Neonazis am Nowotny-Grab

Rund 50 Freiheitliche, Rechtsextreme und Neonazis sind am 1. November dem Aufruf des *Ringes Freiheitlicher Jugend* (RFJ) gefolgt und zum Grab des NS-„Fliegerhelden“ Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof gepilgert. Der RFJ selbst legte seinen Kranz bereits am Vormittag des Allerheiligentages nieder, um nicht auf antifaschistische GegendemonstrantInnen zu treffen. In der *Wiener Bezirkszeitung* riefen die freiheitlichen Kommunalpolitiker und deutschnational Korporierten Johann Herzog und Hans-Jörg Jenewein für den *Verein zur Pflege des Grabes Walter Nowotny* ebenfalls dazu auf, „demonstrativ auch das Grab von Major Nowotny [...] zu besuchen und damit ein Zeichen der Solidarität mit der Kriegsgeneration zu setzen“. Das haben dann auch mehrere Neonazi-Skinheads, Bur-

schenschafter und alte „Kameraden“ getan. Unter den Gedenkenden fanden sich Clemens Otten und Sascha Gasthuber, welche die Neonazi-Kundgebung gegen die „Wehrmachtausstellung“ im April des Vorjahres maßgeblich mitorganisiert haben. Letzterer wollte bereits im August dieses Jahres in Wien eine Demonstration zu „Ehren“ Nowotnys veranstalten, was jedoch aufgrund des offensichtlich neonazistischen Hintergrundes von den Behörden untersagt worden war.

Am 3. November erschien auf der neonazistischen Homepage *stoertebeker* ein Bericht über die Ehrung Nowotnys. Dort heißt es, dem Aufruf des RFJ seien „mehrere hundert Personen gefolgt“. „Soldatenkameradschaften, die Landsmannschaften, studentische Korporationen, Freiheitliche und Nationalsozialisten“ hätten „an der Grabstätte innegehalten und Kränze niedergelegt“. Über die Verschiebung der Kranzniederlegung des RFJ heißt es, diese sei „auf den innerparteilichen Druck seitens der FPÖ und die Feigheit einzelner Personen zurückzuführen“. Einige hätten „die vorher angekündigte Aktion am liebsten gleich überhaupt nicht mehr durchgeführt“. Demgegenüber wird „den handelnden Personen, allen voran Clemens Otten ein großes Lob und Dank für ihre Standhaftigkeit“ ausgesprochen. Otten wird auf *stoertebeker* als „Mitglied der Burschenschaft Gothia und der akademischen Landsmannschaft Cimbria“ sowie als „Personalreferent und Bundesvorstandsmitglied des RFJ“ vorgestellt.

Nach dem „Totengedenken“ habe noch eine „Saalveranstaltung“ stattgefunden, welche „von den wesentlichen Kräften nationaler Politik in Wien–Niederösterreich besucht wurde“. Ein Neonazi soll „über das Verhältnis zwischen den etablierten Kräften und den freien Kräften“ gesprochen haben, wobei er auf die „durchaus positive Zusammenarbeit“ zwischen diesen „anlässlich des Heldengedenkens“ hinwies. Tatsächlich sind in der Kampagne für das Ehrengrab Nowotnys die Grenzen zwischen (legalem) Rechtsextremismus und (illegalem) Neonazismus einmal mehr verwischt worden.

Einschlägige Leserbriefe im *Offizier*

Im *Offizier*, dem Organ der *Österreichischen Offiziersgesellschaft* (ÖOG), hat ein proamerikanischer Artikel des Chefredakteurs heftige Reaktionen hervorgerufen.

Oberst i.R. Viktor Torggler sieht in diesem Text einen Widerspruch zur „Geisteshaltung des österreichischen Offiziers“ und schreibt von der „Wahrscheinlichkeit, dass der kriegsauslösende 11. September ein selbstinszeniertes Ereignis war“. (*Der Offizier* 2/2003, S. 20) Er hält es für „erwiesen“, dass „in das Pentagon kein Flugzeug stürzte“. (Ebenda) Zur Bekräftigung seiner antiamerikanischen Position übersandte Torggler mit seinem Leserbrief mehrere Artikel aus Andreas Mölzers Wochenblatt *Zur Zeit*.

Noch weiter geht Obstl. i. R. Sylvester Hasenöhr, der vom „größtenwahn sinnigen Präsidenten Bush [...] und seine[n] verantwortungslosen Kriegshetzer[n]“ (ebenda) schreibt. Hasenöhr glaubt zu wissen, dass Bush „nur mit Hilfe und Unterstützung der Juden, welche die größten und meisten Kriegswaffenfabriken der Welt besitzen, Präsident in Amerika [wurde]“. (Ebenda, S. 21) Offen propagiert er die Mär von der jüdischen Weltherrschaft: „*Nach dem II. Weltkrieg am 8. Mai 1945, nach der Vernichtung Hitlers, traten sie [die Juden] die Weltherrschaft an, die sie sich nimmer nehmen lassen.*“ (Ebenda) Hasenöhr identifiziert schließlich Bush als „Marionettenfigur der Waffenjuden“ und nennt den Islam den „Todfeind Israels, der Juden“. (Ebenda)

In der darauf folgenden Ausgabe des *Offiziers* wurde in zwei Leserbriefen entschieden gegen diesen antisemitischen Text und seine Veröffentlichung Position bezogen.

Oktober/November 2003

Neonazis über Störversuch bei Gedenkkundgebung

Am 9. November wurde in Wien, Zirkusgasse/Ecke Schmelzgasse, eine Kundgebung im Andenken an den Novemberpogrom von ca. zehn Personen aus dem „antiimperialistischen“ Milieu gestört. Unter dem Titel „Judenveranstaltung in Wien von Marxisten gestört“ berichtet die Neonazi-Homepage *stoertebeker* zustimmend über den antisemitischen Angriff: „*Während der Rede des jüdischen ‚Psychologen‘ Alexander Friedmann, Mitglied des Vorstandes der Israelitischen Kulturgemeinde, stürmten etwa 10 Personen mit palästinensischen Fahnen in die Zirkusgasse und störten das Gedenken an die Opfer mit Parolen gegen Israel und die USA.*“ Der Wiener Journalist Karl Pfeifer,

der in seiner Rede auf der Kundgebung gleich auf diesen Störversuch einging, wird von den Neonazis als „bekannte[r] Hetzer“ bezeichnet. Die *stoertebeker*-Schriftleitung kommt zum hoffnungsvollen Schluss, „dass Herr Pfeiffer [sic!] und Co. sich an Dinge wie diese mit der Zeit gewöhnen werden, ist die Zahl derer, die in Hinblick auf die tagesaktuelle Politik Israels und seiner Diaspora bedauern, dass in der Reichskristallnacht hauptsächlich ‚nur‘ Schaufensterglas zerkloppt wurde, weltweit am Wachsen“.

Bei den AngreiferInnen soll es sich laut AugenzeugInnen jedoch weniger um „Marxisten“ als um AktivistInnen von *Sedunia*, einer proislamistischen Obskurantentruppe aus Wien, handeln (siehe auch weiter oben: DÖW-Verleumdungen im Internet). Im Internet-Forum von *Sedunia* wurde mit Zustimmung der Verantwortlichen bereits am 11. Oktober ein Text publiziert, der den antisemitischen Hintergrund des Störversuches deutlich macht: „*Nieder mit den politisch Korrekten! Nieder mit den Israelapologeten und Schuld Priestern! Nieder mit den Selbstgeißlern! [...] Es wird Zeit, die Tempel des Holocaust niederzureißen, die Legende der historischen Verantwortung zu Grabe zu legen und endlich auch Israel als einen gewöhnlichen Staat zu betrachten — und daraus die Konsequenzen zu ziehen. [...] Israel betreibt seit einem*

halben Jahrhundert einen ununterbrochenen Genozid am palästinensischen Volk. Lasst die UNO Israel besetzen, Sharon und seine Kumpels des Shabra und Shatila Massakers vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen und dem zionistischen Größenwahn ein Ende setzen!“

Scrini gegen das NS-Verbotsgesetz

Die Verurteilung des Wiener Holocaustleugners Wolfgang Fröhlich zu einer dreijährigen Haftstrafe (davon ein Jahr unbedingte) nimmt Otto Scrini zum Anlass, um in der *Aula* (10/2003) unter dem Titel „Macht Schluss mit der Gesinnungsjustiz!“ einmal mehr gegen das NS-Verbotsgesetz zu agitieren. Insbesondere das Verbot der Leugnung oder Relativierung der NS-Verbrechen stellt laut Scrini ein „Unrecht“ dar, das ein „Schließen der schrecklichen Wunden des Zweiten Weltkrieges“ verhindere. (Ebenda, S. 8) Der ehemalige

Nationalsozialist Scrinzi kann diese Wunde der Erinnerung an die NS-Verbrechen nicht durch deren öffentliche Leugnung schließen. Also will er es „mit dem FPÖ-Abgeordneten John Gudenus halten und alles glauben, was das Gesetz befiehlt“.

(Ebenda)
(Gudenus sorgte 1995 mit seiner Aussage „Gaskammern? Ich halte mich da raus! Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist“ für einen mittleren Skandal.)

Scrinzis Attacke auf die vermeintliche „Gesinnungsjustiz“ wurde im *Eckart*, dem Organ der rechtsextremen *Österreichischen Landsmannschaft*, nachgedruckt.

BfJ mit festen Schritten

Im holprigen Szene-Deutsch schreibt der rechtsextreme *Bund freier Jugend* (BfJ) in seinem aktuellen *Jugend Echo* (10/2003), dass die „Zeit für einen umfangreichen Befreiungsschlag für unser Volk und Europa [...] längst fällig [wäre], allerdings noch nicht reif“. Schon jetzt lasse der Gedanke an die „Freiheitskriege“ die freie Jugend „oft von bewaffneten Männern träumen, die im roten Schein des Sonnenaufganges, Nebel und nasse Wiesen durchstreifend, ihren Feinden entgegentreten um zum vernichtenden blutigen Schlag auszuholen“.

Wie die SA dabei „einst voran mit festen Schritten“ ging, bringt der BfJ seinem Anhang mit einem Gedicht von Heinrich Anacker näher: „*Wir gingen einst voran mit festen Schritten / Und schlugen zu und waren hart und rauh*“. (Ebenda)

Anacker (1901–1971) trat 1922 der NSDAP und kurz darauf der SA bei. Für Letztere schmiedete der Einpeitscher zahlreiche Schlachtgesänge. 1936 erhielt Anacker den Kunstpreis der NSDAP, 1939 wurde das Mitglied des „Reichskulturseminars“ mit dem „Ehrenring der Mannschafts-Frontdichter“ ausgezeichnet. Und 2003 werden die Ergüsse dieses „Dichters der Bewegung“ vom BfJ verbreitet ...

REZENSIONEN

Landauer, Hans: Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939. In Zusammenarbeit mit Erich Hackl. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003. 258 S.

Hans Landauer — selbst Spanienkämpfer — hat gemeinsam mit Erich Hackl auf der Basis zwanzigjähriger Recherchen ein Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer zusammengestellt: Unter den Freiwilligen, die im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus kämpften, befanden sich knapp 1.400 ÖsterreicherInnen. Dem eigentlichen „Lexikon“ ist eine gut strukturierte Einleitung vorangestellt, die einen Überblick über die Thematik gibt. Beschrieben werden die verschiedenen Gruppen der Spanienkämpfer, auch die Emigranten, also diejenigen, die sich bereits zum Zeitpunkt des Franco-Putschs auf spanischem Territorium befanden, und die „Individualisten“, die auf eigene Faust die Reise nach Spanien unternahmen. Diese Phase endete mit der Gründung der Internationalen Brigaden am 22. Oktober 1936. Das Gros der österreichischen Freiwilligen kämpfte in der XI. Internationalen Brigade. Völlig überraschend wurden „die Internationalen in der Nacht auf den 24. September 1938 von der Front zurückgezogen“. (S. 27). Für die Österreicher gab es nach der Franco-Offensive gegen Katalonien jedoch einen „zweiten Einsatz“. (Vgl. S. 28 ff.) Nach der Niederlage stellten die Österreicher unter den in den deutschen Konzentrationslagern inhaftierten internationalen Spanienkämpfern mit „458 Häftlingen das stärkste Kontingent“. (S. 37)

Hans Landauer und Erich Hackl dokumentieren alle politischen Strömungen der

Spanienkämpfer — Kommunisten ebenso wie Anarchisten, linke Sozialisten oder Trotzisten. Der stalinistische Terror während und nach dem Spanischen Bürgerkrieg bleibt nicht unerwähnt. Den Frauen ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Bei der zweiten Auflage des Buches sollte daher der Titel auf „Lexikon der österreichischen SpanienkämpferInnen“ geändert werden.

Ein unverzichtbares Buch für alle, denen der Kampf gegen den Faschismus am Herzen liegt. H. D.

Manoschek, Walter (Hrsg.): Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis — Strafvollzug — Entschädigungspolitik in Österreich. 1. Aufl. Wien: Mandelbaum Verl. 2003. VII, 834 S.

Ein junges Team um a. o. Univ.-Prof. Walter Manoschek gestaltete auf der Grundlage eines Entschließungsantrages vom 14. Juli 1999 aller Parlamentsparteien mit Ausnahme der FPÖ eine umfangreiche Forschungsarbeit über die Opfer der NS-Militärjustiz. Auf 834 Seiten präsentieren sie nun ihre Recherchen und Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit. Erschienen ist diese Pionierarbeit im zeitgeschichtlich engagierten Wiener Mandelbaum-Verlag. Im Rahmen eines Symposiums am 6. Juni 2003 im Parlament zum Thema „Österreichische Opfer der NS-Gerichtsbarkeit — Rehabilitation und Entschädigung“ stellten MitarbeiterInnen des Projektteams die Ergebnisse ihrer Forschungen vor.

Mit großer Bereicherung blättert und liest man im vorliegenden Band in den fundierten Abhandlungen von Walter Manoschek, David Forster, Maria Fritsche, Thomas

Geldmacher, Hannes Metzler und Thomas Walter über die facettenreichen Seiten der nazistischen Militärjustiz. Insbesondere tritt in allen Abschnitten dieses Buches klar und deutlich die nationalsozialistische Militärjustiz als Terrorinstrument des deutschen Faschismus hervor. Die Bandbreite reicht da von dem einführenden Beitrag Walter Manoscheks über die historischen und methodischen Forschungsgrundlagen des durchaus als Standardwerk einzustufenden Sammelbandes bis zu den in einigen Beiträgen von Maria Fritsche und ihren Kollegen dokumentierten verschiedenen Aspekten der Verfolgung und Verurteilung von österreichischen Soldaten in der deutschen Wehrmacht. Insgesamt konnte das Forschungsteam 2.534 österreichische Opfer erfassen, gegen die in 3.001 Fällen von der NS-Militärjustiz ermittelt wurde oder die vor Kriegsgerichte gezerrt wurden.

Maria Fritsche, die ja bereits durch ihren Beitrag über die „Militärjustiz als Terrorjustiz — Strafverfolgung ungehorsamer Soldaten im Nationalsozialismus“ in der ebenfalls 2003 erschienenen DÖW-Publikation „Militärschießplatz Kagran“ von Herbert Exenberger und Heinz Riedel den LeserInnen der *Mitteilungen* bekannt ist, meinte beim Symposium über dieses umfassende Forschungsprojekt: „*Unsere Untersuchung zur Erforschung der Geschichte der Opfer der nationalsozialistischen Militärgerichtsbarkeit betritt sowohl national als auch international wissenschaftliches Neuland: bisherige Forschungsvorhaben untersuchten vor allem Teilbereiche des Gesamtkomplexes der Militärjustiz, wie etwa die Rechtssprechung bestimmter Kriegsgerichte oder die Verfolgung einzelner Delikte, vor allem auf regionalgeschichtlicher Ebene. Wir*

führten nicht nur die bisher umfangreichste empirische Untersuchung von Militärgerichtsakten durch — auch qualitativ unterscheidet sich unser Projekt von vorhergehenden, weil wir nicht einzelne Opfergruppen auswählten, sondern alle Verfolgten der NS-Militärjustiz in die Untersuchung einbezogen, um damit das gesamte Spektrum der Verfolgung lückenlos zu erforschen.“

Die längst fällige Bringschuld der Republik Österreich gegenüber diesen Menschen im Sinne einer notwendigen gesetzlichen Regelung der gerechten Entschädigung der wenigen Überlebenden dieser Terrorjustiz kann als Resümee aus diesem Forschungsprojekt gezogen werden. Die Zeit drängt — das Handeln liegt nun bei den Verantwortlichen unserer Republik.

H. E.

Mühlbacher, Hans: Zwischen Technik und Musik. Ohne „Ariernachweis“ in der Raketenforschung des Dritten Reiches. Hrsg. v. Gerhard Botz und Doris Sottopietra. Mit zahlr. Abb. Wien: Edition Atelier 2003. 192 S.

Der aus einer bürgerlichen, strengkatholischen Familie stammende Dr. Hans Mühlbacher, geb. 1913, erfuhr seine Sozialisation im großdeutschen Lager. Sein Vater, Mitglied der *Großdeutschen Volkspartei*, war Gemeinderat und kurzfristig sogar Bürgermeister von St. Wolfgang im Salzkammergut. Der junge Mühlbacher geht in Gmunden zur Schule, ist Mitglied beim *Deutschen Turnverein* und bei der Burschenschaft *Arminia*. Er wächst in einem musischen und touristischen Umfeld auf.

Anders aber als die meisten Großdeutschen wechselt Mühlbachers Vater nicht zu den Nazis, im Gegenteil: Er legt sein Bürgermeisteramt nieder, wird gekündigt und findet nur mit Mühe eine Anstellung als Lehrer in Bad Ischl. Die Familie muss im Zuge des Erstarkens der Nationalsozialisten und des immer offener zutage tretenden Antisemitismus erfahren, dass die jüdische Herkunft der Mutter nicht wozudiskutieren ist: „*Der Stimmungswandel, der stattgefunden hatte, machte mir viel mehr zu schaffen. Ich war bislang sehr beliebt gewesen, und eben jene Kommilitonen, die mich geradezu auffällig umworben hatten, entwickelten nun einen besonderen Hass gegen mich.*“

1938 stellt sich für die Familie die Frage der Emigration; man ist sich der prekären Lage bewusst, hofft jedoch auf Milderung der Gesetzgebung. Mühlbacher, nunmehr „Mischling 1. Grades“, findet eine Anstellung als Techniker und versucht, seine Mutter, „die Jüdin Sarah Olga Mühlbacher“, vor der Deportation in ein KZ zu schützen. Es ginge zu weit, die Einzelheiten seiner Odyssee während des Krieges zu beschreiben. Er wird zur Wehrmacht einberufen, wo es ihm verständnisvolle Vorgesetzte durch ständige Versetzung bis 1943 ermöglichen, das Problem des fehlenden „Ariernachweises“ zu umgehen („*Mühlbacher, ich werde Sie von einem Regiment zum anderen versetzen lassen, und die Frage nach Ihrem Ariernachweis wird Ihnen immer nachlaufen und Sie nie erreichen.*“) 1943 aus der Wehrmacht entlassen, arbeitet er bis Kriegsende in den Henschel-Flugzeugwerken.

Das Buch ist ein packender Lebensbericht, mit Bildmaterial gut aufbereitet. Der Konflikt zwischen seiner Arbeit, die der

Kriegsverlängerung dient, aber gleichzeitig seine Mutter schützt, tritt glaubwürdig zutage. Die Gefahr, in der sich die Familie befand, wurde damals (und auch noch im Nachhinein) grob unterschätzt. P. A.

Witz und Spott im Dritten Reich

dramatisiert, vorgetragen
und gesungen von
Ottwald John & Franz Richard Reiter
nach dem Buch:
Franz Danimann
*Flüsterwitze und Spottgedichte
unterm Hakenkreuz*

Witze und Gedichte — dazu die einschlägigen Gesetze und didaktisch aufbereitete Erklärungen: Ein ungewöhnlicher Zugang zur jüngsten Vergangenheit. Was heute als guter Witz erscheint, war unter dem Hakenkreuz zugleich Humor und Waffe. Der „Galgenhumor“ so genannter „Volksschädlinge“ und „Miesmacher“ führte in das Gefängnis, in das KZ oder zur Hinrichtung. Aus dem Vortrag ergeben sich weiterführend für die Gegenwart Fragen der Meinungsfreiheit, der Anpassung, des Widerstandes, des Rassismus, der Menschenrechte und vieles mehr.

Der Autor des Buches, Hofrat Dr. Franz Danimann, der 1938–1945 insgesamt sechs Jahre inhaftiert war — davon drei Jahre in Auschwitz —, kommt auf Anfrage zur Veranstaltung, um als Zeuge Rede und Antwort zu stehen.

Kontakt:

Ephelant Verlag, Tel. 0043 1 513 48 58

Fünfmal jährlich

werden rund 5.300 Exemplare der Mitteilungen in alle Welt versandt ...

Herstellung und Versand — insbesondere ins Ausland, für den Zeitschriftenversand im Inland stehen jährlich empfindliche Preissteigerungen ins Haus — verursachen allerdings beträchtliche Kosten.

Um unsere *Mitteilungen* so wie bisher kostenlos versenden zu können, erlauben wir uns auch heuer wieder, unsere LeserInnen um eine Spende auf unser Konto CA-BV Wien 21-4437600 zu ersuchen.

BezieherInnen in Österreich bitten wir, hierfür den **beiliegenden Erlagschein** zu verwenden.

Zuwendungen an das DÖW können gemäß Bescheid des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung nach § 4 Abs. 4 Z. 5 lit d oder e EStG von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Wir danken im Voraus für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

WIR WÜNSCHEN
UNSEREN
LESERINNEN
UND LESERN ALLES GUTE
FÜR DAS JAHR **2004!**

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Peter Autengruber (P. A.), Brigitte Bailer-Galanda, Gerhard Botz, Hermann Dworzak (H. D.), Herbert Exenberger (H. E.), Eva Kriss, Willi Lasek, Thomas Mang, Heribert Schiedel
Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 534 36/90315, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 534 36/90319, Fax: 534 36/9990319, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen € 23,-, Karton € 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30 ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30 ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S.)/Englisch (64 S.). € 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück
- Carl Szokoll, **Die Rettung Wiens 1945.** Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Molden 2001, 416 S. Ladenpr. € 28,90 ... Stück
- Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. € 22,- ... Stück
- Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner, **Diener vieler Herren.** Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, hrsg. v. DÖW/Österr. Gesellschaft f. histor. Quellenstudien, Wien 1997, 541 S. Leinen (L) € 18,10 / Karton (K) € 13,80
(L) ... Stück (K) ... Stück
- 1938. NS-Herrschaft in Österreich.** Texte und Bilder aus der gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. BM f. Inneres und DÖW, Wien 1998, 48 S., € 1,00 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. € 5,80 ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Wien 1998 und **Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 17,80 (statt € 21,-) ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50 ... Stück
- Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich.** Von Österreich betroffen. Böhlau 2001, 294 S., Ladenpr. € 28,90 ... Stück
- Anton Pelinka/Sabine Mayr (Hrsg.), **Die Entdeckung der Verantwortung.** Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden, Braumüller 1998, 306 S. Sonderpreis € 5,90 ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 ... Stück
- CD-ROM
Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust, Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,- ... Stück
- Evelyn Adunka, Peter Roessler (Hrsg.), **Die Rezeption des Exils.** Geschichte und Perspektiven der österreichischen Exilforschung, Mandelbaum 2003, 374 Seiten, Ladenpr. € 29,80 ... Stück
- Hellmut Butterweck, **Verurteilt & begnadigt.** Österreich und seine NS-Straftäter, Czernin Verlag o. J. (2003), 365 S., Ladenpr. € 29,- ... Stück
- Hans Landauer/Erich Hackl: **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939.** Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003, 258 S., Ladenpr. € 24,- ... Stück
- Jahrbuch 2003,** hrsg. v. DÖW, Schwerpunkt: Exil, 210 S. € 5,90 ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- Thomas Mang, **„Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“.** Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2003, 283 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 53 436/90319.

Sponsoring-

Post

Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.

02Z031276 S